

Bericht aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **172 (2006)**

Heft 2

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Parlamentarische Vorstösse

Bis zur Frühjahrssession 2006 müssen vom Bundesrat u.a. folgende Motionen im Zuständigkeitsbereich des VBS beantwortet werden:

Motionen

Jährlicher Ausmusterungsbericht über Waffen und Waffensysteme

Eingereicht von
Nationalrat Christian Miesch (SVP/BL)

Was verlangt die Motion?

Der Bundesrat soll mit dem jährlichen Rüstungsprogramm gleichzeitig einen Bericht vorlegen, in dem jene Waffen und Waffensysteme detailliert aufgeführt sind, welche er im folgenden Jahr ausser Dienst stellen möchte.

Begründung

Mit dem verlangten Ausmusterungsbericht im Anhang zum jährlichen Rüstungsprogramm wird eine längst notwendige Transparenz zu Händen des Parlaments erreicht (demokratische Kontrolle der Streitkräfte).

Armeemotorfahrzeuge. Stilllegungskonzept

Eingereicht von
Nationalrat Theophil Pfister (SVP/SG)

Was verlangt die Motion?

Der Bundesrat soll dem Parlament mit dem nächsten Rüstungsprogramm auch ein Konzept zur kostengünstigen Stilllegung nicht mehr benötigter Rad- und Kettenfahrzeuge vorlegen.

Begründung

Nebst der Liquidation und dem aktiven Unterhalt von militärischen Fahrzeugen ist eine optimierte Stilllegung ein weiterer Weg, bestehendes Material zu Händen der Reserve und des Aufwuchses verfügbar zu halten; dazu sind u.a. entsprechende Planungen nötig.

Entlastung der Milizarmee von subsidiären Dauereinsätzen

Eingereicht von
Nationalrat André Bugnon (SVP/VD)

Was verlangt die Motion?

Der Bundesrat soll dem Parlament einen Erlass vorlegen, wonach die Armee keine subsidiären Dauereinsätze, insbesondere keine Botschaftsbewachungen, mehr wahrnimmt.

Begründung

Artikel 58 Absatz 2 der Bundesverfassung hält klar fest, dass die

Hauptaufgabe der Schweizer Armee die Landesverteidigung ist und Einsätze zu Gunsten ziviler Behörden nur subsidiär in besonderen und ausserordentlichen Lagen erfolgen; daran ist festzuhalten.

Armee. Gesetzliche Grundlage für das Aufwuchskonzept

Eingereicht von
Nationalrat Hans Rutschmann (SVP/ZH)

Was verlangt die Motion?

Der Bundesrat soll dem Parlament einen Erlass für den Aufwuchs der Armee samt einem Konzept über die zeitlichen, materiellen, ausbildungstechnischen, rüstungsmässigen, personellen und finanziellen Konsequenzen vorlegen.

Begründung

Die Armee XXI soll, insbesondere nach den Entscheiden des Bundesrates vom 11. Mai 2005, auf einen langfristigen Aufwuchs ausgerichtet werden. Der Bundesrat begründet dies mit der aktuellen Bedrohungslage und geht davon aus, einer zunehmenden Kriegsbedrohung mit einem Aufwuchskonzept begegnen zu können. Das Parlament soll von den konkreten Vorstellungen frühzeitig Kenntnis erhalten und darüber beschliessen können.

Kein Schweizer Truppeneinsatz in Afghanistan

Eingereicht von
Nationalrat Josef Lang (SGA/ZG)

Was verlangt die Motion?

Der Bundesrat soll auf den beabsichtigten Truppeneinsatz in Afghanistan verzichten, und zwar mindestens solange, bis die zuständigen Kommissionen und das Parlament über einen solchen Einsatz diskutiert und befunden haben.

Begründung

Auf Grund verschiedener Informationen ist davon auszugehen, dass die Armeeführung und das VBS konkrete Vorbereitungen für einen Einsatz im nordafghanischen Kunduz treffen. Es ist unsinnig und undemokratisch, irgendwelche militärischen «fait accomplis» zu schaffen, bevor eine Eskalation der Auslandeinsätze – und das ausserhalb Europas – mit dem EDA und mit den zuständigen Kommissionen auf Grund einer mittel- und längerfristigen Strategie ausdiskutiert und vom Parlament beschliessen worden ist.

Änderung des Armeeausbildungskonzepts

Eingereicht von
Nationalrat J. Alexander Bauermann (SVP/TG)

Agenda 2006

Sessionen

März	06. – 24. März	Frühjahrssession
Mai	08. – 12. Mai	Sondersession ¹
Juni	06. – 23. Juni	Sommersession
	14. Juni	Fraktionsausflüge
September/		
Oktober	18. Sept. – 6. Oktober	Herbstsession ²
Dezember	04. – 20. Dezember	Wintersession
	06. Dezember	Wahlfeier Präsident Nationalrat und Ständerat
	14. Dezember	Wahlfeier Bundespräsident

¹Nur Nationalrat

²In Flims Laax Falera. Im Jahr 2006 wird das Parlamentsgebäude umfassend renoviert. Die intensiven Arbeiten im Sommer und Herbst bedingen, dass die Herbstsession 2006 nicht im Parlamentsgebäude stattfinden kann. Nachdem das Parlament im Jahr 1993 in Genf und im Jahr 2001 in Lugano eine Session durchgeführt hatte, war der Entscheid für die Durchführung der Session in Flims, im rätoromanischen Sprachraum, nahe liegend.

Abstimmungstermine 2006

12. Februar, 21. Mai, 24. September, 26. November

Was verlangt die Motion?

Der Bundesrat soll das Ausbildungskonzept der Armee so abändern, dass bei der Kaderauswahl der Unteroffiziere und der Offiziere der Anteil am praktischen Dienst wiederum erhöht wird; als Vorbild hat das heute noch geltende System beim Lehrverband Logistik zu dienen.

Begründung

Wer früher Offizier wurde, war selbst einmal Korporal und musste eine Gruppe geführt haben. Heute liegt die Ausbildungsverantwortung bei den Instruktoren und beim Zeitmilitär, welche mit wenig Begeisterung als Zugführer und Kommandanten die Schulen führen. Die Qualität der Miliz steht und fällt jedoch mit dem Milizkader; deshalb muss wieder zum Grundsatz «Miliz bildet Miliz aus» zurückgekehrt und die Ausbildungsverantwortung wieder den angehenden Milizoffizieren übertragen werden.

Rückblick auf die eidgenössischen Volksabstimmungen 2005

Abstimmung vom 5. Juni 2005

Abkommen zu Schengen und Dublin

Inhalt

Mit der Teilnahme am Schengen-Abkommen wird das Reisen durch den Verzicht auf systematische Passkontrollen erleichtert, gleichzeitig wird aber durch internationale Zusammenarbeit der Kampf gegen die Kriminalität verstärkt. Das Dubliner Abkommen richtet sich gegen Missbräuche im

Asylwesen: Dank internationaler Zusammenarbeit muss ein Asylgesuch im gesamten Gebiet der EU und der Schweiz nur noch einmal behandelt werden. Gegen die Teilnahme der Schweiz an Schengen und Dublin wurde das Referendum ergriffen.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin annehmen?

Abstimmungsergebnis

Die Vorlage wurde mit 1 477 260 (54,6%) zu 1 227 042 (45,4%) Stimmen angenommen.

Stimmeteiligung

56,63%.

Partnerschaftsgesetz

Inhalt

Bundesrat und Parlament befürworten ein Gesetz, das gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, ihre Lebensgemeinschaft rechtlich abzusichern. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG) annehmen?

Abstimmungsergebnis

Die Vorlage wurde mit 1 559 848 (58,0%) zu 1 127 520 (42,0%) Stimmen angenommen.

Stimmeteiligung

56,51%.

Parlamentarische Vorstösse

Jedes Mitglied des National- und des Ständerates kann in den Sessionen das Wort ergreifen und Anträge stellen. Es hat eine Reihe von unterschiedlich wirksamen Möglichkeiten, etwas in seinem Sinn (und demjenigen seiner Wählerschaft) zu bewegen.

Parlamentarische Initiative

Gegenstand

Mit einer Parlamentarischen Initiative kann der Entwurf zu einem Erlass (Bundesgesetz, Bundesbeschluss oder Verordnung der Bundesversammlung) oder können Grundzüge eines solchen Erlasses vorgeschlagen werden.

Verfahren

Alle Gesetzgebungsarbeiten erfolgen in einer Kommission des National- bzw. des Ständerates (Vorprüfung, Ausarbeitung eines Erlassentwurfs usw.).

Erledigung

Unterbreitet die Kommission ihren Erlassentwurf nicht innert zwei Jahren, so entscheidet der Rat auf Antrag der Kommission oder des Büros, ob die Frist verlängert oder die Initiative abgeschrieben wird.

Besondere Bemerkungen

Die Parlamentarische Initiative ist ausgeschlossen, wenn zum gleichen Gegenstand bereits eine Vorlage unterbreitet worden ist.

Motion

Gegenstand

Die Motion beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung (Bundesgesetz, Bundesbeschluss oder Verordnung) vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen.

Verfahren

Die Zustimmung des anderen Rats ist notwendig. Eine Motion kann im Zweitrat

auf Antrag der Mehrheit der vorberatenden Kommission oder des Bundesrats geändert werden. Der Erstrat kann der Änderung zustimmen oder die Motion definitiv ablehnen.

Erledigung

Bei angenommenen Motionen berichtet der Bundesrat der Bundesversammlung jährlich darüber, was er zur Erfüllung des Auftrags bisher unternommen hat und wie er den Auftrag zu erfüllen beabsichtigt. Der Bericht geht an die zuständigen Kommissionen. Diese oder der Bundesrat können die Abschreibung einer Motion beantragen, wenn sie erfüllt ist oder in begründeten Fällen nicht aufrechterhalten werden soll.

Besondere Bemerkungen

Unzulässig ist die Motion, die auf eine in gesetzlich geordneten Verfahren zu treffende Verwaltungsverfügung oder einen Beschwerdeentscheid einwirken will.

Postulat

Gegenstand

Ein Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob ein Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen sei. Es kann auch ein Bericht über einen anderen Gegenstand verlangt werden.

Verfahren

Der Bundesrat beantragt in der Regel bis zur nächsten Session Annahme oder Ablehnung des Postulates. Dieses ist angenommen, wenn ihm ein Rat zustimmt.

Erledigung

Der Bundesrat erfüllt ein Postulat, indem er in einem separaten Bericht, im Geschäftsbericht oder in einer Botschaft zu einem Erlassentwurf der Bundesversammlung Bericht erstattet.

Interpellation und Anfrage

Gegenstand

Mit einer Interpellation oder einer Anfrage wird der Bundesrat aufgefordert, über wichtige innen- oder aussenpolitische Ereignisse und Angelegenheiten des Bundes Auskunft zu geben.

Verfahren

Der Bundesrat antwortet in der Regel bis zur nächsten Session. Eine als dringlich erklärte Interpellation oder Anfrage wird in der laufenden Session beantwortet.

Erledigung

Eine Interpellation ist erledigt, wenn im Rat die von der Interpellantin oder vom Interpellanten verlangte Diskussion stattgefunden oder wenn der Rat die Diskussion abgelehnt hat.

Eine Anfrage wird im Rat nicht behandelt; sie ist mit der Antwort des Bundesrates erledigt.

Fragestunde im Nationalrat

Gegenstand

Die Montagssitzungen des Nationalrates der zweiten und dritten Sessionswoche beginnen mit einer Fragestunde. Behandelt werden aktuelle Fragen.

Verfahren

Fragen sind in der Woche vorher bis spätestens Mittwoch, nach Schluss der Sitzung, einzureichen. Die Fragestunde dauert höchstens 90 Minuten.

Erledigung

Die Fragen werden vom zuständigen Mitglied des Bundesrates kurz beantwortet, sofern das fragenstellende Mitglied des Nationalrates anwesend ist. Anschliessend kann es eine sachbezogene Frage stellen.

Abstimmung vom 25. September 2005

Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Staaten und Revision der flankierenden Massnahmen

Inhalt

Das geltende Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit soll schrittweise und kontrolliert auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt werden; zu diesem Zweck hat die Schweiz mit der EU ein ergänzendes Protokoll ausgehandelt. Gleichzeitig schlagen Bundesrat und Parlament eine Verbesserung der flankierenden Massnahmen vor, damit Billiglöhne und missbräuchliche Arbeitsbedingungen wirksamer bekämpft werden können. Gegen die Vorlage wurde das Referendum ergriffen.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie den Bundesbeschluss über die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Staaten und über die Revision der flankierenden Massnahmen annehmen? (Bundesbeschluss vom 17.12.04 über die Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits sowie über die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit).

Abstimmungsergebnis

Die Vorlage wurde mit 1458 686 (56%) zu 1147 140 (44%) Stimmen angenommen.
Stimmeteiligung
54,51%.

Abstimmung vom 27. Nov. 2005

Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»

Inhalt

Die Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» verlangt, dass in der Schweizer Landwirtschaft keine Pflanzen angebaut und keine Tiere gehalten werden dürfen, die gentechnisch verändert sind. Das Verbot soll fünf Jahre lang gelten. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab, weil das geltende Gentechnikgesetz den Schutz von Mensch, Tier und Umwelt bereits umfassend sicherstellt.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» annehmen?

Abstimmungsergebnis

Die Initiative wurde mit 1 125 357 (55,7%) zu 896 372 (44,3%) angenommen.

Stimmeteiligung

41,7%.

Änderung des Arbeitsgesetzes

Inhalt

Bundesrat und Parlament wollen den Geschäften in grösseren Bahnhöfen und in Flughäfen erlauben, unabhängig von ihrem Angebot auch sonntags Personal zu beschäftigen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Änderung vom 8. Oktober 2004 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) annehmen?

Abstimmungsergebnis

Die Vorlage wurde mit 1 026 514 (50,6%) zu 1 003 494 (49,4%) angenommen.

Stimmeteiligung

41,8%.